

Springer-Lehrbuch

Burkhard Boemke • Bernhard Ulrici

# BGB Allgemeiner Teil

 Springer

Professor Dr. Burkhard Boemke  
Dr. Bernhard Ulrici  
Universität Leipzig  
Juristenfakultät  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
boemke@uni-leipzig.de  
ulrici@uni-leipzig.de

ISSN 0937-7433

ISBN 978-3-642-01609-7

e-ISBN 978-3-642-01610-3

DOI 10.1007/978-3-642-01610-3

Springer Heidelberg Dordrecht London New York

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2009

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funk-sendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

*Einbandentwurf:* WMXDesign GmbH, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media ([www.springer.com](http://www.springer.com))

# Vorwort

Das Lehrbuch behandelt den Allgemeinen Teil des Bürgerlichen Rechts, der die Grundlage für praktisch alle anderen Bereiche des Zivilrechts bildet. Insbesondere die allgemeine Rechtsgeschäftslehre muss auch im Schuld-, Sachen-, Familien- und Erbrecht, z. B. aber auch im Handels- und Gesellschafts- sowie im Arbeitsrecht beherrscht werden. Sie ist dementsprechend unverzichtbarer Bestandteil jeder juristischen Ausbildung. Wer hier auf Lücke setzt, wird auch in anderen Gebieten des Bürgerlichen Rechts verloren sein. Erfahrungsgemäß ist der Allgemeine Teil des BGB Gegenstand der Anfangssemester des juristischen Studiums. Der für Studenten noch ungewohnte Umgang mit Gesetzen und ihren Formulierungen sowie die Unsicherheiten im Gutachtenaufbau treffen auf einen hohen Abstraktionsgrad der einschlägigen Normen. Dem Studenten hier eine verständliche Anleitung zu bieten, ist Anliegen des Lehrbuchs. Es ist an den Bedürfnissen des Anfängers ebenso wie an denen des Examenkandidaten ausgerichtet und hilft durch die beigefügten Lernmittel (Mindmaps), den richtigen Zugang zum BGB-AT zu finden.

Die Mindmaps dienen allerdings nicht der Wissensvermittlung, sondern der gedanklichen Ordnung des bekannten Stoffs und seiner Problemfelder. Sie orientieren sich am Aufbau des Buchs. Bei ihrer Erstellung hat sich frühzeitig gezeigt, dass die Strukturen des Allgemeinen Teils des BGB derart verzweigt sind, dass gedruckte Mindmaps sehr schnell an die Grenzen des Seitenformats dieses Buches stoßen. Aus diesem Grund stellen wir Ihnen die Mindmaps vorrangig in elektronischer Form zur Verfügung. Als „Appetitregener“ wurden zur Rechtsgeschäftslehre aber auch einige stark vereinfachte Mindmaps in Druckform ins Buch aufgenommen. In **elektronischer** Form können Sie die **Mindmaps** unter [www.springer.de/978-3-642-01609-7](http://www.springer.de/978-3-642-01609-7) herunterladen. Um mit ihnen arbeiten zu können, müssen Sie sich zudem im Internet das frei verfügbare Computerprogramm **FreeMind** in der **Version 0.9** oder höher beschaffen. Mit FreeMind können Sie die elektronischen Mindmaps nicht nur ansehen und interessante Teile aus- sowie im Moment uninteressante Teile einklappen, vielmehr können Sie unsere Mindmaps auch frei bearbeiten. Dies ermöglicht es Ihnen, unsere Mindmaps an Ihr Lernverhalten anzupassen und Sie ggf. unter Berücksichtigung neuerer Rechtsentwicklungen fortzuschreiben. Ein solches aktives Lernverhalten verspricht einen deutlich größeren Lernerfolg als der passive Konsum der Mindmaps. Auch sind Sie ausdrücklich aufgerufen, uns etwaige Weiterentwicklungen per E-Mail zu übersenden. Wir werden Ihre Anregungen gerne aufgreifen und ggf. eine neue Fassung der Mindmaps online stellen.

Die Hauptverantwortung für dieses Werk liegt naturgemäß bei den Autoren, denen allein etwaige Fehler und Unrichtigkeiten zuzurechnen sind. An der Realisierung des Projekts haben aber im Hintergrund die Mitarbeiter des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht der Juristenfakultät der Universität Leipzig mitgewirkt, namentlich Frau cand. iur. Pia Hofmann, Herr Ref. iur. Peter Illes, Frau Ref. iur. Ramona Ingwerth, Herr Ass. iur. René Schoob und Frau Ref. iur. Annika Schwenk. Ihnen allen gilt unser besonderer Dank.

Das Lehrbuch ist auf dem Stand von Anfang Juli 2009. Es berücksichtigt bereits vgreifend die zum 30.09.2009 in Kraft tretenden Änderungen durch das FGG-Reformgesetz sowie die Beschlüsse des Bundestags aus der 27. Kalenderwoche zum Vereinsrecht. Nicht berücksichtigt wurden die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie vorgesehenen Änderungen, welche nunmehr erst zum 11.06.2010 in Kraft treten sollen.

Wir widmen dieses Lehrbuch der Alma mater Lipsiensis, die am 02.12.2009 ihr 600-jähriges Bestehen feiert.

Leipzig, im Juli 2009

Burkhard Boemke  
Bernhard Ulrici

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Verzeichnis der Mindmaps</b> .....	XXVII
<b>Verzeichnis der Klausurfälle</b> .....	XXIX
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXXI
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	XXXV

## A. Einführung in das Privatrecht

<b>§ 1 Recht, Sitte, Sittlichkeit</b> .....	3
A. Bedeutung von Recht, Sitte und Sittlichkeit .....	3
B. Abgrenzung .....	3
I. Rechtsordnung .....	3
II. Sitte .....	4
III. Sittlichkeit .....	5
IV. Beispielsfall .....	5
C. Entstehung des Rechts und Rechtsquellen .....	6
I. Die Entstehung von Rechtsnormen .....	6
II. Gesetztes Recht .....	7
1. Überblick .....	7
2. Verfassungsnormen .....	7
3. Gesetze .....	7
4. Rechtsverordnungen und Satzungen .....	8
III. Gewohnheitsrecht .....	9
IV. Richterrecht .....	9
<b>§ 2 Privatrecht und Bürgerliches Recht</b> .....	11
A. Abgrenzung Privatrecht und Öffentliches Recht .....	11
I. Bedeutung der Abgrenzung .....	11
II. Abgrenzungstheorien .....	12
1. Interessentheorie .....	12

2. Subordinationstheorie .....	12
3. Modifizierte Subjektstheorie .....	12
B. Das Bürgerliche Recht als Teil des Privatrechts .....	13
C. Rechtsquelle des Privatrechts .....	14
I. Einfaches Recht .....	14
II. Bedeutung der Grundrechte für das Privatrecht .....	15
III. Europarechtlicher Einfluss auf das Privatrecht .....	15
D. Das BGB als Kern des Bürgerlichen Rechts .....	16
I. Entstehungsgeschichte und Weiterentwicklung .....	16
1. Entstehung des BGB .....	16
2. Weiterentwicklung .....	17
II. Gliederung und Aufbau .....	18
<b>§ 3 Methoden juristischer Arbeit .....</b>	<b>19</b>
A. Allgemeines .....	19
B. Aufbau von Rechtsnormen .....	19
C. Gesetzesauslegung .....	20
I. Ausgangspunkt .....	20
II. Wortlaut des Gesetzes .....	21
III. Systematik des Gesetzes .....	22
IV. Entstehungsgeschichte des Gesetzes .....	23
V. Gesetzeszweck .....	24
VI. Allgemeine Rechtsprinzipien .....	24
VII. Verfassungskonforme und richtlinienkonforme Auslegung .....	25
VIII. Verhältnis der Auslegungskriterien .....	25
D. Rechtsfortbildung .....	25
I. Ausgangspunkt .....	25
II. Regelungslücke .....	26
III. Gesetzesimmanente Rechtsfortbildung .....	27
1. Teleologische Reduktion .....	27
2. Analogie .....	27
IV. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung .....	28
E. Gutachtenstil in der juristischen Ausbildung .....	29

## B. Rechtsgeschäftslehre

### 1. Kapitel: Tatbestand des Rechtsgeschäfts

<b>§ 4 Grundlagen und Grundbegriffe .....</b>	<b>33</b>
A. Privatautonomie und Vertragsfreiheit .....	33
I. Gedanke der Privatautonomie .....	33
II. Vertragsfreiheit .....	35
1. Allgemeines .....	35
2. Inhalt .....	35
3. Grenzen .....	36

B. Rechtshandlungen .....	37
I. Einteilung .....	37
II. Willenserklärungen .....	38
III. Geschäftsähnliche Handlungen .....	38
IV. Realakte .....	39
C. Willenserklärung und Rechtsgeschäft .....	40
I. Begriffe und Abgrenzung .....	40
II. Einteilung der Rechtsgeschäfte .....	40
1. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte .....	40
2. Empfangsbedürftige Rechtsgeschäfte .....	41
3. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte .....	42
4. Abstrakte und kausale Rechtsgeschäfte .....	43
D. Verbraucher und Unternehmer .....	43
I. Bedeutung .....	43
II. Verbraucher .....	44
III. Unternehmer .....	44
E. Trennungs- und Abstraktionsprinzip .....	44
I. Ausgangspunkt .....	44
II. Trennungsgrundsatz .....	45
III. Abstraktionsgrundsatz .....	45
1. Inhalt .....	45
2. Scheinbare Ausnahmen .....	47
3. Bereicherungsausgleich .....	47
<b>§ 5 Die Willenserklärung .....</b>	<b>49</b>
A. Begriff .....	49
B. Geltungsgrund .....	49
C. Innerer (subjektiver) Tatbestand .....	50
I. Überblick .....	50
II. Handlungswille .....	50
III. Erklärungsbewusstsein .....	51
IV. Geschäftswille .....	51
V. Rechtsfolgen von Willensdefiziten .....	51
1. Fehlender Handlungswille .....	51
2. Fehlendes Erklärungsbewusstsein .....	52
3. Fehlender Geschäftswille .....	54
4. Bedeutung des subjektiven Tatbestands .....	54
D. Äußerer (objektiver) Tatbestand .....	54
I. Überblick .....	54
II. Ausdrückliche Erklärungen .....	55
III. Konkludente Erklärungen .....	55
1. Begriff und Beispiele .....	55
2. Insbesondere: Sozialtypisches Verhalten .....	55
IV. Schweigen als Erklärung .....	56
1. Ausgangspunkt .....	56



2. Grundsatz .....	56
3. Vereinbarung .....	57
4. Normiertes Schweigen .....	57
5. Treu und Glauben (§ 242 BGB) .....	57
6. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben .....	58
7. Nicht: § 151 Satz 1 BGB .....	58
E. Automatisierte Willenserklärungen .....	58
<b>§ 6 Wirksamwerden von Willenserklärungen .....</b>	<b>61</b>
A. Überblick .....	61
I. Ausgangspunkt .....	61
II. Nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen .....	62
III. Empfangsbedürftige Willenserklärungen .....	62
B. Abgabe .....	63
I. Begriff und Bedeutung .....	63
II. Tatbestand .....	64
1. Nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen .....	64
2. Empfangsbedürftige Willenserklärungen .....	64
III. Der Schein der Abgabe .....	65
C. Zugang .....	66
I. Begriff und Bedeutung .....	66
II. Gegenüber Abwesenden .....	67
1. Abwesenheit und Anwesenheit .....	67
2. Zugang .....	68
3. Insbesondere: Briefpost .....	68
III. Gegenüber Anwesenden .....	69
1. Verkörperte Willenserklärungen .....	69
2. Unverkörperte Willenserklärungen .....	70
IV. Zugangshindernisse .....	70
1. Überblick .....	70
2. Risikosphäre des Erklärenden .....	70
3. Risikosphäre des Empfängers .....	70
4. Abgrenzung der Risikosphären .....	71
V. Besondere Fälle des Zugangs .....	72
1. Amtsempfangsbedürftige Willenserklärungen .....	72
2. Förmliche Zustellung .....	72
3. Nicht (voll) Geschäftsfähige .....	72
a) Geschäftsunfähige .....	72
b) Beschränkt Geschäftsfähige .....	73
D. Einschaltung von Mittelspersonen .....	73
I. Überblick .....	73
II. Erklärung .....	73
1. Vertreter .....	73
2. Bote .....	74
III. Empfang .....	74

1. Vertreter .....	74
2. Bote .....	75
E. Widerruf .....	75
I. Vor oder mit Zugang .....	75
II. Andere Widerrufsmöglichkeiten .....	76
<b>§ 7 Vertragsschluss</b> .....	<b>79</b>
A. Einführung .....	79
B. Antrag und Annahme .....	80
I. Überblick .....	80
II. Antrag .....	81
1. Begriff und Voraussetzungen .....	81
a) Notwendiger Inhalt .....	81
b) Vertragsbindungswille .....	82
2. Wirkung .....	83
a) Bindung an den Antrag .....	83
b) Ausschluss der Bindung .....	83
3. Geltungsgrenzen des Antrags .....	84
a) Erlöschensgründe .....	84
b) Keine Erlöschensgründe .....	86
c) Wirkungen des Erlöschens .....	87
III. Annahme .....	87
1. Begriff und Voraussetzungen .....	87
2. Wirkung .....	89
3. Sonderfälle der Annahme .....	89
a) Annahme durch Schweigen oder ohne Zugang einer Annahmeerklärung .....	89
b) Annahme durch sozialtypisches Verhalten .....	93
c) Annahme durch Kaufmännisches Bestätigungsschreiben .....	95
d) Annahme durch elektronische Medien, insbes. Internetauktion .....	96
C. Widerruf .....	97
I. Vertragliche Vereinbarung .....	97
II. Gesetzliche Widerrufsrechte (Verbraucherschutz) .....	98
1. Grundgedanke .....	98
2. Haustürgeschäfte .....	98
a) Bedeutung .....	98
b) Voraussetzungen des Widerrufs .....	98
c) Ausschlussgründe .....	100
3. Fernabsatzgeschäfte .....	101
a) Bedeutung .....	101
b) Voraussetzungen des Widerrufs .....	101
c) Ausschlussgründe .....	102
4. Verbrauchercreditverträge .....	103
a) Bedeutung .....	103

b) Voraussetzungen des Widerrufs	104
c) Ausschluss des Widerrufs	104
5. Ausübung und Folgen des Widerrufs	105
a) Ausübung des Widerrufs	105
b) Rechtsfolgen des Widerrufs	106
D. Konsens und Dissens	107
I. Konsens	107
II. Offener Dissens	108
III. Versteckter Dissens	109
E. Kontrahierungszwang	110
I. Ausgangspunkt: Vertragsfreiheit	110
II. Kontrahierungszwang	111
F. Klausurfall – Vertragsschluss	113
I. Sachverhalt	113
II. Lösungsskizze	113
<b>§ 8 Auslegung von Rechtsgeschäften</b>	<b>119</b>
A. Überblick	119
I. Bedeutung der Auslegung	119
II. Auslegungsregeln	121
B. Erläuternde Auslegung	121
I. Das Auslegungssystem der §§ 133, 157 BGB	121
II. Natürliche Auslegung	123
III. Normative Auslegung	124
1. Ausgangspunkt	124
2. Falsa demonstratio non nocet	125
3. Objektiver Empfängerhorizont	125
4. Verkehrssitte	127
C. Ergänzende Auslegung	127
I. Bedeutung und Rechtsgrundlage	127
II. Lücke	128
III. Lückenfüllung	130
D. Vorgehen bei der Auslegung von Rechtsgeschäften	131
E. Klausurfall – Auslegung	132
I. Sachverhalt	132
II. Lösung	132

## 2. Kapitel: Wirksamkeitsvoraussetzungen

<b>§ 9 Geschäftsfähigkeit</b>	<b>137</b>
A. Defizite der Geschäftsfähigkeit	137
I. Ausgangspunkt	137
II. Altersstufen	139
1. Überblick	139

2. Teilgeschäftsfähigkeit Minderjähriger (§§ 112, 113 BGB) . . . . .	139
a) Betrieb eines Erwerbsgeschäfts . . . . .	139
b) Dienst- oder Arbeitsverhältnis . . . . .	140
III. Geistige Schwächen . . . . .	140
1. Grundsätze . . . . .	140
2. Gerichtliche Entscheidung . . . . .	142
B. Rechtsfolgen defizitärer Geschäftsfähigkeit . . . . .	143
I. Geschäftsunfähigkeit . . . . .	143
1. Grundsätze . . . . .	143
2. Sonderfall: Alltagsgeschäfte volljähriger Geschäftsunfähiger . . . . .	144
II. Beschränkte Geschäftsfähigkeit . . . . .	145
1. Überblick . . . . .	145
2. Zustimmungsfreie Rechtsgeschäfte . . . . .	146
a) Grundsätze . . . . .	146
b) Wichtige Einzelfälle . . . . .	149
3. Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte . . . . .	152
a) Die Einwilligung (§ 107 BGB) . . . . .	152
b) Rechtsfolgen fehlender Einwilligung (§§ 108, 109, 111 BGB) . . . . .	156
<b>§ 10 Form des Rechtsgeschäfts . . . . .</b>	<b>161</b>
A. Grundsatz der Formfreiheit . . . . .	161
B. Formzwecke . . . . .	162
I. Überblick . . . . .	162
II. Klarstellungs- und Beweisfunktion . . . . .	162
III. Warnfunktion und Übereilungsschutz . . . . .	163
IV. Beratungs- und Belehrungsfunktion . . . . .	164
C. Arten der Formen . . . . .	164
I. Überblick . . . . .	164
II. Schriftform (§§ 126, 127 BGB) . . . . .	165
1. Urkunde . . . . .	165
2. Unterzeichnung . . . . .	165
a) Namenszug . . . . .	165
b) Eigenhändigkeit . . . . .	165
c) Abschluss der Urkunde . . . . .	166
3. Empfangsbedürftige Willenserklärungen . . . . .	167
4. Zusammengesetzte Urkunden . . . . .	167
5. Schriftform bei Verträgen . . . . .	168
6. Ersetzung der Schriftform durch die elektronische Form . . . . .	168
7. Vertraglich vereinbartes Schriftformerfordernis . . . . .	169
III. Elektronische Form (§ 126a BGB) . . . . .	169
IV. Textform (§ 126b BGB) . . . . .	170
V. Notarielle Beurkundung (§ 128 BGB) . . . . .	171
VI. Öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB) . . . . .	172

D. Umfang des Formzwangs	172
I. Vertrag oder Erklärung	172
II. Inhaltliche Reichweite	173
III. Formzwang und Auslegung	173
IV. Erstreckung des Formzwangs	174
E. Rechtsfolgen von Formverstößen	175
I. Verletzung gesetzlicher Formvorschriften	175
1. Grundsatz: Nichtigkeit	175
2. Ausnahmen	176
3. Formmangel und Verstoß gegen Treu und Glauben	177
a) Grundsatz	177
b) Arglistige Täuschung über Formerfordernis	177
c) Untragbare Ergebnisse	178
d) Verfügungen	178
II. Verletzung gewillkürter Formvorgaben	178
1. Rechtsfolge bei Formverstößen	178
2. Aufhebung eines vereinbarten Formerfordernisses	179
<b>§ 11 Wahrung inhaltlicher Schranken</b>	<b>181</b>
A. Ausgangspunkt Privatautonomie	181
B. Zwingendes Recht	182
I. Begriff	182
II. Auslegung	182
III. Rechtsfolgen	183
C. Verstoß gegen gesetzliches Verbot (§ 134 BGB)	184
I. Ausgangspunkt	184
II. Verbot durch Gesetz	184
III. Verstoß	185
IV. Rechtsfolge	186
V. Abschließender Beispielfall	187
1. Sachverhalt	187
2. Lösungsskizze	188
a) Mängelbeseitigung	188
b) Vergütungsanspruch	189
D. Verfügungsverbote (§§ 135-137 BGB)	189
I. Ausgangspunkt	189
II. Relatives Verfügungsverbot	190
III. Rechtsgeschäftliches Verfügungsverbot	191
E. Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 BGB)	192
I. Einführung	192
II. Tatbestand	193
1. Sittenverstoß	193
a) Klassische Formel	193
b) Konkretisierung	194
2. Subjektiver Tatbestand	195

3. Fallgruppen	196
a) Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit	196
b) Ausnutzen einer wirtschaftlichen Machtstellung	196
c) Gefährdung und Benachteiligung Dritter	197
d) Verstöße gegen die Sexualmoral	197
e) Verbot der Kommerzialisierung	198
f) Das wucherische Geschäft (§ 138 Abs. 2 BGB)	198
g) Das wucherähnliche Geschäft	199
III. Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	200
F. Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	201
I. Ausgangspunkt	201
II. Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingung	202
1. Vertragsbedingung	202
2. Vorformuliert	202
3. Vielzahl von Verträgen	203
4. Vom Verwender gestellt	203
5. Nicht ausgehandelt	204
6. Unerhebliche Merkmale	204
III. Gegenständlicher Anwendungsbereich	204
IV. Persönlicher Anwendungsbereich	204
V. Wirksame Einbeziehung in den Vertrag	205
1. Grundsatz	205
2. Sonderfall: sich widersprechende AGB	207
3. Überraschende Klauseln	207
4. Auslegung von AGB	207
5. Vorrang der Individualabrede	208
VI. Inhaltskontrolle von AGB	208
VII. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit oder Nichteinbeziehung	209

### 3. Kapitel: Wirkungen von Rechtsgeschäften

<b>§ 12 Willensmängel</b>	215
A. Einführung	215
I. Fehlerfreie Willenserklärung	215
II. Quellen fehlerhafter Willenserklärungen	215
III. Interessenlage bei Mängeln	217
IV. Geltende Rechtslage	218
B. Nichtübereinstimmung von Wille und Erklärung	219
I. Bewusstes Abweichen (Willensvorbehalte)	219
1. Der geheime Vorbehalt	219
a) Grundgedanke	219
b) Tatbestandsvoraussetzungen	220
c) Rechtsfolge	220
2. Scherzerklärung	221

a)	Tatbestandsvoraussetzungen	221
b)	Rechtsfolgen	222
3.	Scheingeschäft	223
a)	Tatbestandsvoraussetzungen	223
b)	Rechtsfolge	223
c)	Abgrenzung	224
II.	Unbewusste Nichtübereinstimmung	225
1.	Allgemeines	225
2.	Erklärungsirrtum	226
3.	Falschübermittlung	227
4.	Inhaltsirrtum	229
C.	Fehlerhafte Willensbildung	229
I.	Eigenschaftsirrtum	229
1.	Eigenschaftsirrtum als Inhalts- oder Erklärungsirrtum	230
2.	Eigenschaften einer Person oder Sache	231
3.	Verkehrswesentlich	232
a)	Grundsatz	232
b)	Risikogeschäfte	232
c)	Gesetzliche Wertungen	233
II.	Willensbeeinflussung durch Täuschung oder Drohung	233
1.	Arglistige Täuschung	234
a)	Täuschung über Tatsachen	234
b)	Irrtum und Kausalität	235
c)	Arglist	235
d)	Widerrechtlichkeit	236
e)	Person des Täuschenden	236
2.	Widerrechtliche Drohung	238
a)	Drohung	238
b)	Widerrechtlichkeit der Drohung	239
c)	Kein Verschulden erforderlich	240
D.	Problemfälle	241
I.	Identitätsirrtum	241
II.	Unterschriftsirrtum	242
III.	Fehlendes Erklärungsbewusstsein	243
IV.	Blankettnmissbrauch	243
V.	Rechtsfolgenirrtum	244
VI.	Kalkulationsirrtum	245
1.	Interner Kalkulationsirrtum	245
2.	Offener Kalkulationsirrtum	246
VII.	Beiderseitiger Motivirrtum	248
E.	Anfechtungsrecht	249
I.	Anfechtungsvoraussetzungen	249
1.	Kausalität	249
a)	Allgemeines	249
b)	Subjektive Ursächlichkeit	249

c) Beschränkung auf die vernünftige Kausalität .....	250
2. Anfechtungserklärung .....	251
a) Inhalt der Erklärung .....	251
b) Anfechtungsberechtigung .....	252
c) Adressat .....	252
3. Anfechtungsausschlüsse .....	253
a) Zeitliche Grenzen der Anfechtbarkeit .....	253
b) Bestätigung des Rechtsgeschäfts .....	254
c) Subsidiarität gegenüber anderen Rechtsinstituten .....	254
4. Konkurrenz verschiedener Anfechtungsrechte .....	255
II. Gegenstand der Anfechtung .....	255
1. Rechtsgeschäft .....	255
2. Trennungs- und Abstraktionsprinzip .....	256
3. Teilanfechtung .....	256
III. Rechtsfolgen der Anfechtung .....	257
1. Rückwirkende Nichtigkeit .....	257
2. Beschränkung auf das Gewollte .....	257
3. Rückabwicklung .....	258
4. Ersatz des Vertrauensschadens .....	259
a) Voraussetzungen .....	259
b) Inhalt des Ersatzanspruchs .....	260
c) Ausschluss des Ersatzanspruchs .....	260
5. Fiktion der Kenntnis .....	261
IV. Konkurrierende Rechtsinstitute .....	261
<b>§ 13 Stellvertretung .....</b>	<b>265</b>
A. Bedeutung .....	265
B. Schema und Definition .....	266
C. Voraussetzungen und Wirkungen .....	267
I. Zulässigkeit der Stellvertretung .....	267
II. Eigene Willenserklärung .....	267
III. Offenkundigkeit .....	268
1. Grundsatz .....	268
2. Sonderfall: Geschäft für den, den es angeht .....	268
IV. Vertretungsmacht .....	270
V. Wirkung für und gegen den Vertretenen .....	270
VI. Abschließender Beispielfall .....	271
1. Sachverhalt .....	271
2. Lösungsskizze .....	272
D. Abgrenzung .....	273
I. Botenschaft .....	273
1. Erklärungsbote .....	273
a) Abgrenzungskriterien .....	273
b) Bedeutung .....	274
2. Empfangsbote .....	275



II.	Mittelbare Stellvertretung .....	275
III.	Ermächtigung .....	276
IV.	Zurechnung bei Tathandlungen .....	276
E.	Vollmacht .....	277
I.	Erteilung der Vollmacht .....	277
II.	Arten der Vollmacht .....	278
1.	Einteilung nach dem Umfang .....	278
2.	Einzel- und Gesamtvollmacht .....	279
3.	Haupt- und Untervollmacht .....	279
4.	Einteilung nach der Erteilung .....	280
5.	Postmortale und transmortale Vollmacht .....	280
6.	Widerrufliche und unwiderrufliche Vollmacht .....	281
7.	Handelsrechtliche Vollmachten .....	281
III.	Vollmacht und Grundverhältnis .....	281
IV.	Erlöschen der Vollmacht .....	283
1.	Ende des Grundverhältnisses, § 168 S. 1 BGB .....	283
2.	Widerruf, § 168 S. 2 BGB .....	283
3.	Andere Gründe .....	285
V.	Vollmacht kraft Rechtsscheins .....	286
1.	Problemstellung .....	286
2.	Gesetzlich geregelte Fälle .....	286
a)	Außenvollmacht .....	286
b)	Vollmachtstkundgabe .....	287
c)	Vollmachtsurkunde .....	287
d)	Generelle Grenzen des Rechtsscheins .....	288
3.	Duldungs- und Anscheinsvollmacht .....	289
a)	Ausgangspunkt .....	289
b)	Duldungsvollmacht .....	289
c)	Anscheinsvollmacht .....	290
d)	Grenzen von Duldungs- und Anscheinsvollmacht .....	291
VI.	Willensmängel bei der Bevollmächtigung .....	291
F.	Willensmängel und Wissenszurechnung .....	293
I.	Feststellung von Willensmängeln .....	293
II.	Kenntnis und Kennenmüssen .....	294
1.	Grundsatz: Zurechnung des Vertreterwissens .....	294
2.	Wissenszusammenrechnung .....	295
3.	Ausnahme: Maßgeblichkeit des Wissens des Vertretenen .....	296
G.	Begrenzung der Vertretungsmacht .....	296
I.	Problem .....	296
II.	Insichgeschäft .....	297
1.	Begriff .....	297
2.	Rechtsfolgen .....	297
3.	Anwendungsbereich .....	298
III.	Missbrauch der Vertretungsmacht .....	300
1.	Ausgangspunkt .....	300

2. Kollusion .....	300
3. Evidenz .....	301
H. Vertreter ohne Vertretungsmacht .....	302
I. Ausgangspunkt .....	302
II. Verhältnis Vertretener zu Geschäftsgegner .....	302
1. Genehmigung durch den Vertretenen .....	302
2. Unwirksamkeit einseitiger Geschäfte .....	303
III. Verhältnis Geschäftsgegner zu Vertreter .....	304
1. Ausgangspunkt .....	304
2. Erfüllung oder Schadenersatz statt der Erfüllung .....	304
a) Wahlrecht des Geschäftsgegners .....	304
b) Erfüllung .....	304
c) Schadenersatz statt Erfüllung .....	305
3. Besserstellung des gutgläubigen Vertreters .....	306
4. Anspruchsausschlüsse .....	306
I. Handeln unter fremdem Namen .....	307
I. Ausgangspunkt .....	307
II. Unter Anwesenden .....	307
III. Unter Abwesenden .....	307
IV. Sonderfälle .....	308
J. Klausurfall – Stellvertretung .....	308
I. Sachverhalt .....	308
II. Lösungsskizze .....	309
<b>§ 14 Fehlerhaftes Rechtsgeschäft .....</b>	<b>313</b>
A. Allgemeines .....	313
B. Arten der Unwirksamkeit .....	314
I. Nichtigkeit .....	314
II. Anfechtbarkeit .....	314
III. Schwebend unwirksame Geschäfte .....	315
IV. Schwebend wirksame Geschäfte .....	316
V. Relative Unwirksamkeit .....	316
C. Teil- und Gesamtnichtigkeit .....	317
I. Ausgangspunkt .....	317
II. Teilnichtigkeit .....	318
1. Anwendungsbereich .....	318
2. Tatbestandsvoraussetzungen .....	319
a) Einheitliches Rechtsgeschäft .....	319
b) Unwirksamkeit eines Teils .....	320
c) Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts .....	320
3. Rechtsfolge .....	321
D. Umdeutung eines nichtigen Rechtsgeschäfts .....	322
I. Grundgedanke .....	322
II. Voraussetzungen .....	322
III. Rechtsfolge .....	323

E.	Bestätigung unwirksamer Rechtsgeschäfte	324
I.	Bestätigung nichtiger Rechtsgeschäfte	324
1.	Ausgangspunkt	324
2.	Voraussetzungen	324
3.	Rechtsfolge	324
II.	Die Bestätigung anfechtbarer Rechtsgeschäfte	325
F.	Folgen des nichtigen Geschäfts	326
<b>§ 15 Bedingung und Befristung</b>		<b>329</b>
A.	Bedeutung	329
B.	Bedingung	329
I.	Begriff	329
1.	Allgemeines	329
2.	Ungewisses Ereignis	330
3.	Zukünftiges Ereignis	330
4.	Arten von Bedingungen	331
a)	Wirkungsweise	331
b)	Einfluss der Parteien auf den Bedingungseintritt	331
c)	Rechtsbedingung	332
II.	Zulässigkeit	332
1.	Grundsatz	332
2.	Ausnahmen	333
a)	Schutz der Allgemeinheit	333
b)	Schutz des Empfängers einseitiger Rechtsgeschäfte	333
c)	Schutz der unterlegenen Partei eines Vertrags	334
3.	Rechtsfolgen einer unzulässigen Bedingung	334
III.	Rechtsfolgen der Bedingung	334
1.	Rechtslage bei Vornahme des Rechtsgeschäfts	334
2.	Bedingungseintritt	334
3.	Bedingungsausfall	335
4.	Fiktion von Bedingungseintritt oder -ausfall	336
IV.	Schutz des bedingt Berechtigten	337
1.	Allgemeines	337
2.	Schutz gegenüber dem Geschäftspartner	337
3.	Schutz gegenüber Dritten	338
C.	Befristung	339
I.	Begriff	339
II.	Zulässigkeit von Fristen	339
III.	Anordnung von Fristen	340
IV.	Rechtsfolgen der Befristung	340
D.	Anhang: Fristen und Termine	341
I.	Begriff und Bedeutung	341
II.	Gesetzliche Regelung	341

III. Fristberechnung .....	341
1. Ausgangspunkt .....	341
2. Ereignisfristen .....	342
3. Verlaufsfristen .....	343
4. Weitere Auslegungshilfen .....	343
<b>§ 16 Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte .....</b>	<b>347</b>
A. Bedeutung .....	347
B. Sinn und Zweck .....	347
C. Zustimmung .....	348
I. Grundsätze .....	348
II. Einwilligung .....	349
III. Genehmigung .....	349
1. Ausgangspunkt .....	349
2. Adressat der Genehmigung .....	349
3. Rückwirkung der Genehmigung .....	350
D. Verfügungen eines Nichtberechtigten .....	351
I. Ausgangspunkt .....	351
II. Zustimmung .....	351
III. Konvaleszenz .....	351
1. Allgemeines .....	351
2. Erwerb des Verfügungsgegenstands .....	352
3. Beerbung des Verfügenden .....	352
4. Rechtsfolgen .....	352

### C. Das subjektive Recht

<b>§ 17 Rechtsverhältnis .....</b>	<b>357</b>
A. Begriff .....	357
I. Allgemein .....	357
II. Schuldverhältnis .....	358
B. Entwicklung des Rechtsverhältnisses .....	359
I. Begründung .....	359
II. Aktiver Inhalt .....	359
1. Berechtigungen .....	360
a) Subjektive Rechte .....	360
b) Erwerbsaussichten .....	360
c) Zuständigkeiten .....	361
2. Belastungen .....	361
a) Rechtspflichten .....	361
b) Rechtliche Gebundenheiten .....	361
c) Obliegenheiten .....	361
d) Lasten .....	362

III. Übergang .....	362
IV. Beendigung .....	364
V. Passiver Inhalt .....	364
<b>§ 18 Der Anspruch .....</b>	<b>367</b>
A. Begriff und Bedeutung .....	367
I. Begriff .....	367
II. Bedeutung .....	368
B. Arten von Ansprüchen .....	369
I. Schuldrechtliche Ansprüche .....	369
II. Dingliche Ansprüche .....	369
III. Familien- und erbrechtliche Ansprüche .....	370
C. Anspruchsgrundlagen .....	370
I. Begriff und Arten .....	370
1. Gesetzliche Anspruchsgrundlagen .....	370
2. Rechtsgeschäfte als Anspruchsgrundlagen .....	371
II. Anwendung .....	372
D. Entstehung und Erwerb .....	372
E. Anspruchsmehrheit .....	373
<b>§ 19 Einwendungen und Einreden .....</b>	<b>377</b>
A. Begriffe und Bedeutung .....	377
I. Einwendung und Einrede im materiellen Recht .....	377
1. Ausgangspunkt .....	377
2. Begriffsverwirrung .....	378
3. Bedeutung .....	379
II. Einreden im Prozessrecht .....	379
B. Einwendungen .....	380
I. Überblick .....	380
II. Rechtshindernde Einwendungen .....	380
III. Rechtsvernichtende Einwendungen .....	381
C. Einreden .....	382
I. Begriff .....	382
II. Ausübung der Einrede .....	382
III. Wirkung der erhobenen Einrede .....	382
D. Verjährung .....	383
I. Begriff und Zweck .....	383
II. Gegenstand der Verjährung .....	383
III. Eintritt der Verjährung .....	384
1. Überblick .....	384
2. Verjährungsfrist .....	384
3. Verjährungsbeginn .....	384
4. Hemmung und Neubeginn .....	385
a) Hinderung des Verjährungs(ab)laufs .....	385

b) Neubeginn der Verjährungsfrist .....	387
IV. Wirkung der Verjährung .....	387
V. Ausübungsschranken .....	388
<b>§ 20 Rechtsdurchsetzung und -verteidigung .....</b>	<b>389</b>
A. Ausgangspunkt .....	389
B. Gerichtlicher Rechtsschutz .....	389
C. Selbstverteidigung .....	390
I. Notwehr .....	390
II. Notstand .....	392
1. Ausgangspunkt .....	392
2. Verteidigungsnotstand .....	393
3. Angriffsnotstand .....	393
D. Selbsthilfe .....	394
I. Voraussetzungen .....	394
II. Selbsthilferecht .....	395
E. Grenzen der Rechtsausübung .....	395
I. Ausgangspunkt .....	395
II. Schikaneverbot .....	396
III. Verbot sittenwidrig schädigender Rechtsausübung .....	396
IV. Verbot treuwidriger Rechtsausübung .....	397

## D. Rechtssubjekte und Rechtsobjekte

<b>§ 21 Natürliche Personen .....</b>	<b>401</b>
A. Allgemeines .....	401
I. Rechtsfähigkeit .....	401
II. Gesetzliche Regelungen über Rechtssubjekte .....	402
B. Rechtsfähigkeit natürlicher Personen .....	403
I. Natürliche Person .....	403
II. Beginn der Rechtsfähigkeit .....	403
III. Ende der Rechtsfähigkeit .....	404
C. Rechtliche Eigenschaften des Menschen .....	405
I. Wohnsitz .....	405
1. Bedeutung des Wohnsitzes .....	405
2. Begründung des Wohnsitzes .....	405
II. Namensrecht .....	406
1. Überblick .....	406
2. Schutz des Namensrechts .....	407
a) Überblick .....	407
b) Verletzung des Namensrechts .....	407
c) Rechtsfolgen der Namensverletzung .....	408
III. Allgemeines Persönlichkeitsrecht .....	409

<b>§ 22 Juristische Personen</b> .....	411
A. Einführung .....	411
I. Allgemeines .....	411
II. Funktionen der Verselbstständigung .....	412
III. Typenzwang .....	413
IV. Arten und Abgrenzung der juristischen Personen .....	414
B. Insbesondere der rechtsfähige Verein .....	415
I. Begriff, Gründung und Erlangung der Rechtsfähigkeit .....	415
1. Begriff .....	415
2. Gründung .....	415
3. Erlangung der Rechtsfähigkeit .....	417
4. Folgen der Rechtsfähigkeit .....	418
II. Mitgliedschaft .....	418
1. Erwerb der Mitgliedschaft .....	418
2. Inhalt der Mitgliedschaft .....	419
3. Disziplinargewalt .....	419
4. Ende der Mitgliedschaft .....	420
III. Organisation .....	421
1. Mitgliederversammlung .....	421
2. Vorstand .....	422
a) Aufgabe und Funktion .....	422
b) Mehrköpfiger Vorstand .....	422
IV. Haftung .....	423
1. Haftung der Handelnden .....	423
2. Haftung des Vereins .....	423
3. Haftung der Mitglieder .....	425
V. Beendigung des Vereins .....	425
1. Auflösung .....	425
2. Verlust des Status als juristische Person .....	426
C. Nicht eingetragener Verein .....	426
I. Anwendbare Vorschriften .....	426
II. Teilrechtsfähigkeit .....	428
III. Haftung .....	429
1. Haftung der Handelnden .....	429
2. Haftung des Vereins .....	429
3. Haftung der Mitglieder .....	430
D. Stiftung .....	431
<b>§ 23 Rechtsobjekte</b> .....	433
A. Allgemeines .....	433
I. Begriff .....	433
II. Rechtliche Regelungen .....	434
III. Arten .....	434
1. Körperliche Gegenstände .....	434

2. Unkörperliche Gegenstände .....	435
B. Sachen und Tiere .....	436
I. Begriff und Bedeutung .....	436
II. Arten von Sachen .....	437
1. Unbewegliche und bewegliche Sachen .....	437
2. Vertretbare und nicht vertretbare Sachen .....	438
3. Verbrauchbare und nicht verbrauchbare Sachen .....	439
4. Teilbare und unteilbare Sachen .....	440
III. Bestandteile der Sache .....	440
1. Ausgangspunkt .....	440
2. Wesentliche Bestandteile .....	440
a) Grundsatz .....	440
b) Sonderregelungen für Grundstücke .....	441
C. Zubehör .....	443
I. Funktion des Zubehörbegriffs .....	443
II. Begriff .....	443
D. Früchte, Nutzungen, Lasten .....	444
I. Allgemeines .....	444
II. Nutzungen .....	445
III. Früchte .....	445
IV. Lasten .....	446
<b>§ 24 Methodik der Falllösung .....</b>	<b>447</b>
A. Ziel der juristischen Ausbildung .....	447
B. Vorgang der Rechtsfindung .....	447
I. Erfassen des Sachverhalts .....	448
II. Herausarbeiten der Fallfrage .....	449
III. Ermitteln der einschlägigen Rechtsnormen .....	449
IV. Rechtsprüfung .....	450
V. (Zwischen-)Ergebnis .....	452
C. Das schriftliche Gutachten .....	453
I. Anspruchsprüfung .....	453
II. Prüfung bestehender Rechtspositionen .....	454
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>457</b>



# Verzeichnis der Mindmaps

Willenserklärung .....	60
Vertrag .....	117
Auslegung von Rechtsgeschäften .....	134
Geschäftsfähigkeit .....	159
Form .....	180
Inhaltliche Schranken (unerlaubte Rechtsgeschäfte) .....	211
Willensmängel .....	263
Stellvertretung .....	312
Fehlerhaftes Rechtsgeschäft .....	327
Bedingung und Befristung .....	345
Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte .....	353

# Verzeichnis der Klausurfälle

Vertragsschluss .....	113
Auslegung .....	132
Stellvertretung I .....	271
Stellvertretung II .....	308

# Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft, Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AktG	Aktiengesetz
allg. A.	allgemeine Ansicht
Anm.	Anmerkung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis; Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayrisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayrischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
ders.	Derselbe
d. h.	das heißt
Diss.	Dissertation
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
e. V.	eingetragener Verein
f.	folgende; für
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff.	fortfolgende
FS	Festschrift
Fn.	Fußnote
G	Gesetz
gem.	gemäß
GBO	Grundbuchordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggü.	gegenüber
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz
i. e. S.	im engeren Sinne
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung

KG	Kommanditgesellschaft; Kammergericht
LG	Landgericht
MarkenG	Markengesetz
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
m. E.	meines Erachtens
MMR	Multimedia und Recht
Mot.	Motive zum Entwurf eines BGB
MünchKomm	Münchener Kommentar
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
o.	oben
OHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
Prot.	Protokolle der 2. Kommission zum Entwurf des BGB
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rspr.	Rechtsprechung
s.	siehe
S.	Satz; Seite
SchwarzArbG	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
SigG	Signaturgesetz
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt
str.	streitig
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StVG	Straßenverkehrsgesetz
s. u.	siehe unten
TVG	Tarifvertragsgesetz
u. a.	unter anderem

XXXIV Abkürzungsverzeichnis

UBH	Ulmer/Brandner/Hensen
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen
UrhG	Gesetz über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte
v.	vom, von
VereinsG	Vereinsgesetz
vgl.	vergleiche
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WM	Wertpapiermitteilungen
z. B.	zum Beispiel
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZPO	Zivilprozessordnung
zutr.	Zutreffend
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

# Literaturverzeichnis

Beck'scher Online-Kommentar, 13. Bearbeitung, Stand: 01.05.2009

*Boecken*, BGB – Allgemeiner Teil, 2007

*Boemke*, Studienbuch Arbeitsrecht, 2. Auflage, 2004

*Boemke*, Gewerbeordnung Kommentar zu §§ 103 – 110, 2003

*Bork*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuchs, 2. Auflage, 2006

*Brehm*, Allgemeiner Teil des BGB, 6. Auflage, 2007

*Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, 32. Auflage, 2007

*Däubler/Hjort/Hummel/Wolmerath*, Handkommentar Arbeitsrecht, 2008

*Ennecerus/Nipperdey*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Band 1, 15. Auflage, 1. Halbband (1959), 2. Halbband (1960)

*Erman*, Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 11. Auflage, 2008

*Flume*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 2. Band, Das Rechtsgeschäft, 4. Auflage, 1992

*Köhler*, BGB Allgemeiner Teil, 32. Auflage, 2008

*Larenz/Canaris*, Lehrbuch des Schuldrechts, Band II, Halbband 2, 13. Auflage, 1994

*Larenz/Wolf*, Allgemeiner Teil des deutschen Bürgerlichen Rechts, 9. Auflage, 2004

*Medicus*, Allgemeiner Teil des BGB, 9. Auflage, 2006

Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 5. Auflage, 2006 ff.

XXXVI Literaturverzeichnis

*Palandt*, Bürgerliches Gesetzbuch, 68. Auflage, 2009

*Pawlowski*, Allgemeiner Teil des BGB, Grundlehren des bürgerlichen Rechts,  
7. Auflage, 2003

*Rüthers/Stadler*, Allgemeiner Teil des BGB, 15. Auflage, 2007

*Soergel*, Bürgerliches Gesetzbuch, 13. Auflage, 1999 ff.

*Staudinger*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 13. Bearbeitung,  
Stand 30.06.2009

*Ulmer/Brandner/Hensen*, AGB-Recht: Kommentar zu den §§ 305 – 310 BGB und  
zum UKlaG, 10. Auflage, 2006